

Präsident des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 13. Februar 2018

Geschäftszahl (GZ): BMWFW-10.101/0358-IM/a/2017

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 37/J betreffend "Umsetzung von Rechtsakten der Europäischen Union in österreichisches Recht", welche die Abgeordneten Mag. Maximilian Unterrainer, Kolleginnen und Kollegen am 13. Dezember 2017 an mich richteten, stelle ich fest:

**Antwort zu den Punkten 1, 2 und 4 der Anfrage:**

- *Wie viele und welche EU-Rechtsakte wurden in den Jahren 2007-2017 im Wirkungsbereich ihres Ressorts in Österreich durch welche Normen (BVG, BG, VO) umgesetzt aufgeschlüsselt nach Unionsrechtsakt, Jahr, jeweiligem Datum der Umsetzung und betroffenen Bundesgesetzen sowie BGBl-Nr. der Kundmachung der Umsetzungsnorm?*
- *Welchen budgetären Niederschlag fanden diese Umsetzungen, aufgeschlüsselt nach Unionsrechtsakt, Budgetaufwand, Organisationseinheit des Bundes und Kalenderjahr des budgetären Aufwands?*
- *Welcher budgetäre Niederschlag ist derzeit für diese Umsetzungen veranschlagt, aufgeschlüsselt nach Rechtsakt, Budgetaufwand, Organisationseinheit des Bundes und Kalenderjahr des budgetären Aufwands?*

Dazu ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 51/J durch den Herrn Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien zu verweisen.

**Antwort zu den Punkten 3, 5 und 6 der Anfrage:**

- *Wie viele und welche EU-Rechtsakte sind im Wirkungsbereich ihres Ressorts noch nicht umgesetzt, aufgeschlüsselt nach Rechtsakt, Zeitpunkt des Inkrafttretens,*

*jeweiligem Datum des Ablaufs der Umsetzungsfrist und den wahrscheinlich betroffenen Bundesgesetzen?*

- *Bei der Umsetzung wie vieler und welcher EU-Rechtsakte im Wirkungsbereich ihres Ressorts ist Österreich derzeit säumig, aufgeschlüsselt nach Richtlinie, Zeitpunkt des Inkrafttretens, jeweiligem Datum des Ablaufs der Umsetzungsfrist und den betroffenen Bundesgesetzen?*
- *Bei wie vielen dieser Rechtsakte wurde bereits ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet - aufgeschlüsselt nach Rechtsakt, Stadium des Vertragsverletzungsverfahrens, Nummer des jeweiligen Verfahrens?*

<b>EU-Rechtsakt</b>	<b>Inkraft-treten</b>	<b>Umsetzungs-frist</b>	<b>betroffene Bundesgesetze</b>
Richtlinie (EU) 2016/943 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung	5.7.2016	9.6.2018	Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984
Verordnung (EU) 2017/1129 über den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt zu veröffentlichen ist	21.7.2017	21.7.2019	Alternativfinanzierungsgesetz
Richtlinie 2015/2193 zur Begrenzung der Emissionen bestimmter Schadstoffe aus mittelgroßen Feuerungsanlagen in die Luft	18.12.2015	19.12.2017	Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen, Verordnung auf Grundlage der GewO 1994 (gewerbliche Warmwasserkessel)
Richtlinie (EU) 2015/2302 über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 90/314/EWG des Rates Inkrafttreten der RL 2015/2302	25.11.2015	1.1.2018 (Erlassung und Veröffentlichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften); 1.7.2018 (Anwendung der Maßnahmen)	Gewerbeordnung 1994

<b>EU-Rechtsakt</b>	<b>Inkraft-treten</b>	<b>Umsetzungs- frist</b>	<b>betroffene Bundesgesetze</b>
Richtlinie (EU) 2016/97 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Januar 2016 über Versicherungsvertrieb (IDD- Insurance Distribution Directive)	22.2.2016	Umsetzungsfrist dürfte auf 1.7.2018 erstreckt und eine Inkraft-tretensfrist mit 1.10.2018 vorgesehen werden (sog. "quick fix")	Gewerbeordnung 1994
Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen	22.12.2016	23.9.2018	E-Government-Gesetz, Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz

Im Übrigen ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 51/J durch den Herrn Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien zu verweisen.

Dr. Margarete Schramböck

